

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

18. WP - 87. Sitzung

am Donnerstag, dem 3. November 2016, 14 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Anke Erdmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Vorsitzende
Volker Dornquast (CDU)
Heike Franzen (CDU)
Peter Sönnichsen (CDU)
Martin Habersaat (SPD)
Beate Raudies (SPD)
Kai-Oliver Vogel (SPD)
Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anita Klahn (FDP)
Sven Krumbeck (PIRATEN)
Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Weitere Abgeordnete

Uli König (PIRATEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Lehrkräftebedarf und -einsatz im Bereich der sonderpädagogischen Förderung in den öffentlichen allgemeinen Schulen und in den öffentlichen Förderzentren Schleswig-Holsteins	5
Gutachten von Dr. Klaus Klemm Umdruck 18/6818	
2. Differenzierten Ersten allgemeinbildenden Schulabschluss ermöglichen	6
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/3838	
3. Befristete Beschäftigung reduzieren - Fürsorgepflicht gegenüber der Lehrerschaft nachkommen	7
Antrag der Fraktionen von FDP und CDU Drucksache 18/4620 (neu) Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Umdruck 18/6817	
4. Entwicklung einer OER-Strategie	8
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/4163	
5. Lernmittelfreiheit in Schleswig-Holstein/Erhebung zu den Anteilen der Eltern an den schulischen Bildungskosten ihrer Kinder sowie Erhebung zu den Kostenanteilen der Schulträger pro Schüler/in und Schuljahr	9
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/4685 Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Umdruck 18/6816	
6. Entwicklung der neu geschaffenen Oberstufen an Gemeinschaftsschulen	10
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/4684 Antrag der Fraktion der FDP Umdruck 18/6772	

7. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Weiterbildungsgesetzes 11

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/4039](#) (neu)

hierzu: [Umdrucke 18/6008, 18/6108, 18/6109, 18/6155, 18/6178, 18/6202, 18/6223, 18/6226, 18/6227, 18/6228, 18/6229, 18/6237, 18/6240, 18/6241, 18/6248, 18/6249, 18/6250, 18/6298](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/6347](#) (neu)

8. Verschiedenes 12

Die Vorsitzende, Abg. Erdmann, eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Lehrkräftebedarf und -einsatz im Bereich der sonderpädagogischen Förderung in den öffentlichen allgemeinen Schulen und in den öffentlichen Förderzentren Schleswig-Holsteins

Gutachten von Dr. Klaus Klemm

[Umdruck 18/6818](#)

Herr Dr. Klemm, Erziehungswissenschaftler und emeritierter Professor für Bildungsforschung und Bildungsplanung an der Universität Duisburg-Essen, stellt die Ergebnisse seines Gutachtens, [Umdruck 18/6818](#), vor. Auf Fragen aus dem Ausschuss macht er deutlich, Voraussetzung für das Gelingen der Integration seien sowohl zusätzliche personelle als auch räumliche Ressourcen; gerade für Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt emotional-soziale Entwicklung könne ein Rückzugsort wichtig sein. Die Klassenfrequenzen spielten, solange sie sich in den normalen Bandbreiten bewegten, für den kognitiven Lernzuwachs keine Rolle. Die Ressourcen für den LSE-Bereich sollten sukzessive differenziert an die Schulämter beziehungsweise Schulen verteilt werden.

Auf eine Frage von Abg. Klahn erwidert Frau Ernst, Ministerin für Schule und Berufsbildung, die Landesregierung habe nicht festgelegt, mit welcher Profession der zusätzliche Bedarf von 493 Stellen gedeckt werde (Sonderpädagogen, Schulassistenten). Die bisherige Sonderpädagogenquote von 82 % könnte die Orientierung bleiben. Mit dem Haushalt 2017 würden 50 zusätzliche Stellen für Sonderpädagogen geschaffen. Man werde die Gespräche mit der Universität Flensburg fortsetzen, die Ausbildungskapazitäten aufzustocken. Außerdem könnten ab dem nächsten Schuljahr 100 Lehrkräfte in dem Zertifikatskurs „Inklusion - Grundlagen in der Sonderpädagogik“ sonderpädagogische Expertise erwerben.

Die Vorsitzende bedankt sich im Namen des Ausschusses bei Herrn Dr. Klemm für die Vorstellung seiner Empfehlungen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Differenzierten Ersten allgemeinbildenden Schulabschluss ermöglichen

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/3838](#)

(überwiesen am 18. Februar 2016; Fortsetzung der Beratung vom 25. Februar 2016)

Ministerin Ernst berichtet über den Stand der Beratungen der Kultusministerkonferenz zu der Thematik, zu der es in der KMK nach wie vor keine einheitliche Position gebe. Die KMK habe sich darauf verständigt, die Empfehlungen für die sonderpädagogische Förderung zu überarbeiten und darin den Hinweis auf Abschlusszeugnisse aufzugreifen. Einen neuen Zeugnisabschluss werde es absehbar nicht geben. Denn die Mehrheit der Kultusminister befürchte, dass die Einführung eines „ESA light“ die Bildungsstandards gefährde. Schleswig-Holstein wolle keinen Sonderweg gehen; über die Gestaltung der Zeugnisse könnte man sich allerdings Gedanken machen.

Abg. Franzen betont noch einmal die Intention, Schülerinnen und Schülern das Erreichen bestimmter Leistungen zu bescheinigen, ihre Leistungen zu würdigen und die Schülerinnen und Schüler dadurch zu stärken.

Ministerin Ernst unterstützt die Praxis, dass in Zeugnissen dokumentiert werde, wenn Leistungen auf ESA-Niveau erreicht würden.

Der Ausschuss vertagt die Entscheidung über den CDU-Antrag auf die nächste Sitzung, am 1. Dezember 2016.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Befristete Beschäftigung reduzieren - Fürsorgepflicht gegenüber der Lehrerschaft nachkommen

Antrag der Fraktionen von FDP und CDU

[Drucksache 18/4620](#) (neu)

(überwiesen am 21. September 2016; Fortsetzung der Beratung vom 29. September 2016)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/6817](#)

Der Ausschuss vertagt die Beratung über die Anträge, weil die Antworten des Bildungsministeriums auf die in der Ausschusssitzung am 29. September 2016 gestellten Fragen noch nicht vorliegen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Entwicklung einer OER-Strategie

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/4163](#)

(überwiesen am 12. Oktober 2016 zur abschließenden Beratung)

Auf Vorschlag von Abg. Krumbeck kommt der Bildungsausschuss überein, zum Thema Entwicklung einer OER-Strategie Anfang 2017 ein Fachgespräch zu führen. Die schulpolitischen Sprecher werden gebeten, sich über die weitere Ausgestaltung zu verständigen.

Den Bericht [Drucksache 18/4163](#) nimmt der Ausschuss abschließend zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Lernmittelfreiheit in Schleswig-Holstein/Erhebung zu den Anteilen der Eltern an den schulischen Bildungskosten ihrer Kinder sowie Erhebung zu den Kostenanteilen der Schulträger pro Schüler/in und Schuljahr

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/4685](#)

(überwiesen am 14. Oktober 2016 an den **Bildungsausschuss** und Sozialausschuss zur abschließenden Beratung)

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/6816](#)

Der Bildungsausschuss fasst ins Auge, im Februar 2017 einen Runden Tisch zu Konsequenzen aus der Kostenerhebung durchzuführen und die Teilnehmenden im Vorwege um eine schriftliche Stellungnahme zu bitten. Der Ausschuss will sich am Rande des November-Plenums über die Ausgestaltung verständigen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Entwicklung der neu geschaffenen Oberstufen an Gemeinschaftsschulen

Bericht der Landesregierung

Drucksache 18/4684

Antrag der Fraktion der FDP

Umdruck 18/6772

Abg. Klahn bittet den Landesrechnungshof, zur Einrichtung neuer Oberstufen an Gemeinschaftsschulen Stellung zu nehmen.

Nach Aussage einer Vertreterin des Landesrechnungshofs liegen dem Rechnungshof keine aktuellen Prüfungserkenntnisse vor. Über die Arbeitsplanung des Rechnungshofs entscheide der Senat um den Jahreswechsel herum.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Weiterbildungsgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/4039](#) (neu)

(überwiesen am 29. April 2016 an den Bildungsausschuss und den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: [Umdrucke](#) [18/6008](#), [18/6108](#), [18/6109](#), [18/6155](#), [18/6178](#), [18/6202](#),
[18/6223](#), [18/6226](#), [18/6227](#), [18/6228](#), [18/6229](#), [18/6237](#),
[18/6240](#), [18/6241](#), [18/6248](#), [18/6249](#), [18/6250](#), [18/6298](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/6347](#) (neu)

Abg. Waldinger-Thiering weist darauf hin, dass die Koalition in ihren neuen Änderungsantrag die Anregung aus der mündlichen Anhörung aufgenommen habe, dass der Beschäftigte seinem Arbeitgeber spätestens bis zum 30. September des laufenden Jahres schriftlich mitzuteilen habe, ob er im Folgejahr eine Verblockung seiner Freistellungsansprüche beabsichtige.

Abg. Dornquast erklärt, die CDU lehne die Ausdehnung auf die kulturelle Weiterbildung und die Erweiterung der Verblockung ab. Weiterbildung, die nicht dem beruflichen Bereich diene, sei zu begrüßen, solle aber von den Teilnehmenden selbst bezahlt werden.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung von FDP und PIRATEN wird der Änderungsantrag der Koalition, [Umdruck 18/6347](#) (neu), angenommen. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf [Drucksache 18/4039](#) (neu) mit den beschlossenen Änderungen anzunehmen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Abg. Franzen mahnt die Beantwortung der in der letzten Sitzung zur **Stiftung Schloss Gottorf** gestellten Fragen durch das Kulturministerium an.
- b) Der Bildungsausschuss nimmt die Beschlüsse der **28. Veranstaltung „Altenparlament“**, [Umdruck 18/6607](#), zur Kenntnis.
- c) Der Ausschuss will am Rande des November-Plenums das Verfahren zur Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung zur Neuordnung der **Hochschulmedizin**, [Drucksache 18/4813](#), festlegen.

Die Vorsitzende, Abg. Erdmann, schließt die Sitzung um 15:30 Uhr.

gez. Anke Erdmann

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäftsführer